

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite 15 Goldpfennige
Sammleranzeigen 8 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50%, Zuschlag.

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Gerechtigter für beide Teile ist
Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige
ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme
8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises.

Sehrsprecher Nr. 8.
Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele.
Druck und Verlag der
A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Nr. 62

Montag, den 16. März 1925.

99. Jahrgang.

Der Aufmarsch der Parteien.

Der Aufruf des Reichsblocks.

Berlin, 15. März. Der Reichsblock für die Reichspräsidentenwahl erläßt folgenden

Aufruf an das deutsche Volk!

Zum ersten Mal werden die deutschen Wähler und Wählerinnen am 29. März an die Wahlurne gerufen, um für sieben Jahre einen Reichspräsidenten zu wählen. In diesem historischen Tag müssen alle Grenzen der Partei, der Konfession und des Gefühls fallen. Die Wähler sollen nur den besten und würdigsten Mann berufen. Deshalb haben sich die Vertreter derjenigen Parteien, die fast die Mehrheit aller deutschen Wähler hinter sich haben, gemeinsam mit Vertretern vaterländischer, wirtschaftlicher und kultureller Verbände zum Reichsblock vereinigt. Sie haben sich nach reiflicher Erwägung entschlossen, dem deutschen Volk für die Wahl zum Reichspräsidenten Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres, in Duisburg, vormaligen Reichsminister des Innern und Vizekanzler zu empfehlen. Dabei war für den Reichsblock maßgebend, daß Herr Dr. Jarres ein Mann ist, von großer Erfahrung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ein lauterer Charakter, ein Mann des nationalen Fortschritts und kerndeutscher christlicher Gesinnung, bewährt als Vorkämpfer deutscher Freiheit für Rhein und Ruhr. Herr Dr. Jarres vertritt in sich die Eigenschaften gut deutscher Art und leistet Gewähr für eine sachliche, gerechte Führung der Geschäfte, für die Reinheit der Verwaltung in allen Dingen. Er hat in schwerster Zeit seine Person rücksichtslos für Staat und Volk eingesetzt. Er hat als Staatsmann die Einheit des Reiches in vertrauensvoller, gemeinschaftlicher Arbeit mit den Regierungen aller deutschen Länder gefördert. Die vereinigten Parteien und Verbände fordern alle deutschen Frauen und die deutsche Jugend auf, für den Kandidaten des Reichsblocks zu werden. Überall sind Wahlausgänge zu bilden und selber zu sammeln. Bei stärkster Anspannung aller Kräfte kann der Sieg schon im ersten Wahlgang errungen werden. Unsere Parole ist:

**Die Einheit der Deutschen,
das Recht des öffentlichen Lebens,
das Staatswohl über den Parteigeist,
ein Weg, ein Wille.**

Der Aufruf ist unterzeichnet von den Führern der bürgerlichen Parteien, der großen Wirtschaftsverbände, den vaterländischen Organisationen und einer großen Anzahl prominenter Persönlichkeiten außerhalb von Politik und Wirtschaft. Unter letzteren seien genannt Generalfeldmarschall Hindenburg, Großadmiral Tirpitz, Die Abg. Professor Bredt und Lubendorff haben mit ihrer Unterschrift aller Hoffnung des gegnerischen Lagers ein Ende gemacht, Teile der Wirtschaftspartei abspalten zu können. Auch die maßgebenden Persönlichkeiten der großen konfessionellen Verbände setzen sich für Dr. Jarres ein.

Der Reichsblock in Württemberg.

Stuttgart, 15. März. Wie überall im Reiche, so haben auch in Württemberg vorbereitende Besprechungen zur bevorstehenden Wahl des Reichspräsidenten stattgefunden. Von allen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Handel, Mittelstand, Kunst und Wissenschaft wurde die Notwendigkeit der Wahl einer überparteilichen Persönlichkeit betont und daher beschlossen, sich uneingeschränkt hinter die Person des früheren Reichsinnenministers Dr. Jarres zu stellen. Im Laufe des Montag nachmittag findet in Stuttgart eine Versammlung führender Persönlichkeiten aus diesen Kreisen statt, um nach Abschluß der Vorbereitungsarbeiten die Konstituierung des Reichsblocks für Württemberg zu vollziehen.

Der demokratische Aufruf.

Berlin, 15. März. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei erläßt zur bevorstehenden Präsidentenwahl einen Wahlaufdruck, in dem es heißt:

Deutschland und der Völkerbund.

Die Antwort des Völkerbunds.

Genf, 15. März. Der spanische Delegierte Quinones de Leon verlas in der heutigen Nachmittagsitzung das Antwortschreiben des Völkerbunds an die deutsche Regierung in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Es heißt darin, der Rat habe mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß Deutschland in seiner Note vom 12. Dezember 1924 auf alle Vorrechte bei seinem Eintritt verzichte und Gleichberechtigung mit den anderen Völkerbundsmitgliedern erwerbe.

Mit dem Artikel 16 könne für Deutschland keine Ausnahme gemacht werden. Der Rat weist darauf hin, daß der Völkerbund bei Inanspruchnahme seiner Mitglieder zu militärischen Operationen ihre militärische Lage berücksichtigen müsse. Der Rat habe die Aufgabe, den Völkerbundsmitgliedern zu empfehlen, welche Streitkräfte die Mitglieder im Auftrage des Völkerbunds einzusetzen haben. Deutschland werde selbst zu erklären haben, in welchem Umfang es sich an den vom Völkerbund eventuell empfohlenen militärischen Maßnahmen beteiligen könne. Der Rat halte es für ausgeschlossen, daß sich ein Mitglied des Völkerbundes bei gemeinsamem Vorgehen gegen einen Staat abseits halte. Der Eintritt eines Staates in den Völkerbund habe nach § 1 des Statuts zu erfolgen.

Deutsche Bürgerinnen und Bürger!

In keinem großen Land der Erde gibt es eine direkte allgemeine Volkswahl des Staatsoberhauptes. Die deutsche Republik legt ein gewaltiges Vertrauen in das Volk, indem sie ihm die Verantwortung für die Wahl seines ersten Führers anvertraut. Wir haben mit allen Kräften dahin gestrebt, eine einheitliche Kandidatur aller verfassungstreuen republikanischen, demokratischen und liberalen Kräfte in Deutschland zu erreichen. Das gelang nicht. Klasseninteressen, soziale und religiöse Gegensätze, parteipolitische und persönliche Ehrgeiz traten wieder einmal in den Vordergrund. Gegenüber dieser Eigenbräutelei ist es Aufgabe des Wählers, zu zeigen, daß das deutsche Volk

Ausgleich und Veröhnung.

nicht Haß und Streit will, dann besteht im zweiten Wahlgang noch Aussicht auf größere Geschlossenheit. Hellpach wird den Wünschen aller Bürger im Staat dienen, Hellpach verlorperrt den demokratischen und republikanischen Staat. Er ist innerlich überzeugter Anhänger der Weimarer Verfassung, und wird ein Hüter dieser Verfassung sein. In seinem Amt wird er sich nicht als Parteimann fühlen, sondern als der Vertrauensmann des deutschen Volkes. Der neue Reichspräsident soll das erfolgreiche Werk des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert fortsetzen. Die Einheit des Reiches muß erhalten und aufgebaut werden, die sozialen Gegensätze müssen überwunden werden, vor allem gilt es aber auch, Deutschlands äußere Freiheit wieder zu gewinnen, die Folgen des Krieges und der Niederlage zu überwinden, um das deutsche Volk wieder zum gleichberechtigten Gliede in der europäischen Völkergemeinschaft zu machen. Ein Monarchist auf dem Präsidentenstuhl kann das Rheinland nicht befreien. Hellpach ist ein Bahnbrecher für den großen deutschen Gedanken, er ist als Hochschullehrer ein Führer des geistigen Deutschland. Wir haben ihn herausgestellt nicht als Träger einer Parteifähne, sondern als einen Mann, der die besten deutschen Gedanken und die beste deutsche Arbeit in sich verkörpert.

Noch ein Kandidat.

Die Aufstellung Dr. Helbs.

München, 15. März. Die Bayerische Volkspartei teilt mit: Der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei, der am Sonntag in München tagte, billigte einstimmig die Haltung der Unterhändler der Partei bei den Verhandlungen in Berlin zur Aufstellung eines bürgerlichen Sammelkandidaten für das Amt des Reichspräsidenten. Er nahm mit Bedauern davon Kenntnis, daß in letzter Stunde die aussichtsreichen Verhandlungen scheiterten. Da die jetzt aufgestellten Kandidaturen im Gegensatz zu dem Gedanken einer Sammelkandidatur stehen, sieht sich der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei nicht in der Lage, den Wählern der Partei einen der bisher genannten Kandidaten zur Wahl zu empfehlen. Andererseits muß auch Stimmhaltung vermieden werden, da eine Verringerung der abgegebenen Stimmen einer Förderung der Kandidatur ausgesprochen linksgerichteter Gegner der Bayerischen Volkspartei gleichkommen würde. Unter diesen Umständen beschloß der Landesauschuss einstimmig, für die Reichspräsidentenwahlen am 29. März als Kandidaten den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Helb aufzustellen. Die Zustimmungserklärung des im Landesauschuss anwesenden Ministerpräsidenten wurde mit stürmischem, lang anhaltendem Beifall begrüßt.

Der Aufruf der Bayer. Volkspartei.

München, 15. März. Der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei erläßt zur Wahl des Reichspräsidenten einen Aufruf, in dem es heißt:

Die Hoffnung, daß die Wahl jenseits des Betriebes der Parteipolitik sich vollziehen werde, ist an dem alten deutschen Erbfeind, der inneren Zerrissenheit und des Mangels an vaterländischem Gemeinschaftsgeist, gescheitert. Die Bayerische Volkspartei weiß sich von aller Schuld hiervon frei. Das Scheitern der Bemühungen zwingt nun die Bayerische Volkspartei, dem Vorgehen der übrigen Parteien zu folgen und mit einer eigenen Kandidatur vor das deutsche Volk zu treten. Sie empfiehlt den Wählern, am 29. März den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Helb zum Reichspräsidenten zu wählen. Sein staatsmännliches Programm, seine nationale, soziale und christliche Gesinnung, seine Persönlichkeit und seine erprobten staatsmännlichen Fähigkeiten geben die Gewähr einer zielbewußten, vaterländischen Führung des höchsten Reichsamtes.

Das Ende der Völkerbundstagung.

Völkerbund und Militärkontrolle.

Genf, 14. März. In der Nachmittagsitzung hat der Völkerbundrat in der Frage der Militärkontrolle in Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien beschlossen:

- den Bericht seiner gemischten Kommission anzunehmen, deren Mitglieder der Kontrollkommission die freie und ungehinderte Ausübung ihrer Aufgaben gewährleisten;
- Den Generalsekretär mit der Untersuchung zu beauftragen, in welchem Umfang die der Kontrolle unterworfenen Staaten zu dem unter 1. angeführten Zwecke neue Gesetze erlassen müssen;
- Den Generalsekretär zu beauftragen, sich mit den der Kontrolle unterworfenen Staaten in Verbindung zu setzen und ihnen alle Beschlüsse über die Militärkontrolle mitzuteilen, damit die vier Staaten Maßnahmen ergreifen können, die eine reibungslose Durchführung der Militärkontrolle ermöglichen, sobald der Rat eine Kontrolle beschließt;
- Die Frage der Kontrolle in der entmilitarisierten Rheinzone auf eine der nächsten Sitzungen des Rates zu verschieben und
- die polnische Regierung aufzufordern, ihre Ansprüche zu begründen, warum sie bei Aufhebung der Militärkontrolle durch einen Delegierten im Rat vertreten sein will.

Tages-Spiegel.

Zur Wahl des Reichspräsidenten erließen der Reichsblock, die Deutschdemokratische Partei sowie die Bayerische Volkspartei Wahlaufdrucke.

Die Bayerische Volkspartei hat mit dem Ministerpräsidenten Helb einen eigenen Kandidaten aufgestellt.

In Halle kam es bei einer kommunistischen Versammlung zu einem Kugelwechsel mit der Polizei, wobei es Tote und Verwundete gab. In einer Professorensammlung in Berlin wurde am Sonntag ein Arbeiter getötet.

Der Völkerbundrat hat die Antwort auf die deutsche Note fertiggestellt.

Die 2. Tagung des Völkerbundrates ist am Samstag nachmittag geschlossen worden.

Aus Polnisch-Oberschlesien kommen Nachrichten über polnische Vorbereitungen zu einer Mobilisierung.

In Oberitalien haben sich die sozialistischen Gewerkschaften dem Streik der Faschisten in der Metallindustrie angeschlossen.

Auf Antrag der britischen Regierung wird auch die Entscheidung über die Frage, ob der Rat mit Stimmenmehrheit oder einstimmig über die Frage der Militärkontrolle zu beschließen hat, verschoben.

Genf, 15. März. Die 33. Tagung des Völkerbundrates wurde gestern nachmittag um 5 1/2 Uhr geschlossen.

Die 2. Begegnung Chamberlain-Herriot.

Die Rolle Benesch und Strzyski's.

Paris, 16. März. Der heutigen Begegnung Chamberlains mit Herriot mißt man, nachdem die internationale Lage durch die Genfer Aussprache einigermaßen geklärt worden ist, weitgehende Bedeutung bei. Die Aussprache wird sich in erster Linie auf die geplanten Sonderabkommen beziehen, die Chamberlain in seiner Genfer Rede wiederholt erwähnt hat. Die französische Öffentlichkeit rechnet z. Bt. mit zwei Möglichkeiten: dem Abschluß eines Fünf- oder Sieben-Mächteabkommens, letzteres unter Einschluß der Tschechoslowakei und Polens. Die Mächte betonen die weitgehendsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England in diesem Punkte und bereiten sich auf einen schwierigen Gang der diplomatischen Verhandlungen vor, die sich an die heutige Unterredung anknüpfen werden. Man betont in hiesigen politischen Kreisen, daß die Stellungnahme Frankreichs in entscheidendem Maße von den Besprechungen beeinflusst wird, die Dr. Benesch heute nachmittag unmittelbar nach dem Ausgang der Unterredung Chamberlain-Herriot und Graf Strzyski haben wird. Zur Sprache dürfte ebenfalls die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gebracht werden.

Strzyski über das Genfer Protokoll.

Paris, 16. März. Der polnische Außenminister Strzyski sprach gestern abend auf einem Bankett des französisch-polnischen Verbandes. Er sagte er brachte einen günstigen Eindruck aus Genf mit. Polen bleibe dem Prinzip des Protokolls treu. Es sei der feste Boden auf dem sich alle Länder die dem Völkerbund angehören, begegnen könnten. Man habe wiederholt an ihn die Frage gerichtet, wie er sich dazu stelle, daß Deutschland gewissen Mächten Garantieangebote mache und sich gegenüber Polen auf Art. 19 des Völkerbundsstatuts berufe. Polen wolle die ganze Vergangenheit vergessen um mit seinem Nachbarn ein neues Leben beginnen zu können, aber dabei die Tatsache der Geschichte nicht außer Acht lassen.

Die Abrüstungskonferenz.

Newyork, 15. März. In einer neuen amtlichen Erklärung wiederholt die Regierung der Vereinigten Staaten den festen Vorsatz, die Abrüstungskonferenz zum Sommer oder zum Herbst einzuberufen. Es wird festgestellt, daß die Neuherung in der geistigen Erklärung, daß die Konferenz auch dann stattfinden werde, wenn an ihr auch nicht alle führenden Mächte teilnehmen würden, auf Frankreich anspiele. Frankreich ziehe eine Abrüstungskonferenz des Völkerbundes vor. Da das nun fehlgeschlagen sei, könne man erwarten, daß Frankreich unter dem inneren und äußeren finanziellen Druck der Stimme der Vernunft Gehör schenken werde.

Der Streik der Eisenbahner.

Ablehnung des Schiedspruches.

Berlin, 15. März. In Berlin fand Sonntag vormittag eine überfüllte Versammlung der streikenden Eisenbahnarbeiter statt. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der die Ablehnung des gefällten Schiedspruches durch die Eisenbahner zum Ausdruck gebracht wird. Außerdem wurden aber auch mehrere Entschließungen, die von radikaler Seite eingebracht worden waren und die Ausrufung des Generalstreiks forderten, unter dem Druck der Versammlung zur Abstimmung gebracht und von der großen Mehrheit angenommen. Die Streikenden wurden dann noch aufgefordert, Montag vormittag 10 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus zu einer Demonstration einzufinden. Aus den Teilnehmern der Versammlung formierte sich dann ein Demonstrationzug mit roten Fahnen, der sich den kommunistischen Demonstranten gegen den blutigen Zusammenstoß in Halle anschloß.

Politische Wochenschau.

Im Vordergrund der deutschen Innenpolitik steht der Kampf um die Reichspräsidentenschaft, der nach der Bestätigung Eberts sofort auf der ganzen Linie eingeleitet hat. Wie die Dinge heute liegen, kann man sich auf eine Tragödie mit mehreren Akten gefaßt machen. Schien es im Vorspiel als ob der Waffengang im wesentlichen zwischen zwei Gruppen ausgetragen würde, den Weimarer Parteien mit einer Kandidatur Marx auf der einen Seite, der Rechten mit einer Kandidatur Jarres auf der anderen Seite, so hat das Sonderverfahren der Sozialdemokraten, das übrigens den letzten Wünschen des verstorbenen Reichspräsidenten widerspricht, hier einen gründlichen Strich durch die Rechnung gemacht. Es begann der erste Akt mit seinen Bemühungen um eine bürgerliche Sammellandidatur, der nach mehrmaligen, mit viel Aufwand und Geduld geführten und durchaus nicht aussichtslosen Verhandlungen nun ebenfalls negativ verlaufen ist. Das historische Verdienst daran fällt ebensowohl dem Zentrum wie der Deutschen Volkspartei zu. Es macht den Eindruck, als ob diese beiden Parteien mit ihrer Taktik der Verschleppung und der unklaren Beschlüsse sich gegenseitig die Schuld am Scheitern der Einigungsverhandlungen zuzuschreiben bemühten, um so die Gelegenheit zu bekommen, den ihnen persönlich und parteipolitisch nahestehenden Kandidaten, im einen Fall Marx, im anderen Fall Jarres durchzuführen. Einen besonderen Anteil an diesem „Erfolg“ darf Herr Dr. Stresemann für sich in Anspruch nehmen, dessen betriebliches Wirken hinter den Kulissen ja der Öffentlichkeit nicht verborgen geblieben ist. So ist also die Sammellandidatur Gehler, die alle Aussicht hatte, sämtliche bürgerlichen Parteien in voller Geschlossenheit zur Abstimmungsurne zu führen und dadurch schon im ersten Wahlgang eine Entscheidung zu bringen, gescheitert. Jetzt beginnt der zweite Akt, der mit dem Wahlgang am 29. März unfehlbar wieder ein negatives Ergebnis zeitigen wird. Denn kein Kandidat hat Aussicht, auch nur annähernd die Mehrheit zu erreichen. Der frühere Vizekanzler im Kabinett Marx, Herr Dr. Jarres, kann auf die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei zählen; von der Wirtschaftlichen Vereinigung wird für ihn höchstens die eigentliche Wirtschaftspartei einreten, während die Deutschhannoveraner ihn unbedingt ablehnen und der Bayerische Bauernbund nach zuverlässigen Mitteilungen zu einem erheblichen Teil, wenn nicht geschlossen, Marx wählen wird. Aus der Bayerischen Volkspartei sind ebenfalls so lebhafte Bedenken gegen Jarres laut geworden, daß auch von dieser Seite eine geschlossene Unterstützung seiner Kandidatur nicht zu erwarten ist. Weiben noch die Völkischen und Rationalsozialisten, die indes ebenfalls mit dem Gedanken einer Sonderandidatur liebäugeln. Der zweite Kandidat ist Marx, der dritte Braun, die in der Hauptsache nur ihre Parteien hinter sich haben; das gleiche gilt für Dr. Hellpach von den Demokraten und Thälmann von den Kommunisten. Wahrscheinlich wirkt das Beispiel der Sonderandidaturen weiterhin ansteckend, in keinem Fall wird einer der Genannten am 29. März durchs Ziel gehen. Wir werden also die politische Verwirrung in die Osterfeiertage mit hineinnehmen müssen und ob dann die Erleuchtung über die Parteien kommt, daß es mit der Voranstellung der Sonderwünsche nicht geht und daß das Endergebnis so nur dem Zufall überlassen bleibt, der für alle unangenehme Ueberraschungen bringen kann, bleibt eine offene Frage. Nach dem bisherigen Verlauf der Dinge darf man ihrer Beantwortung nicht sehr hoffnungsvoll entgegensehen.

Es ist ein eigenartiges Geschick, auf das wir schon wiederholt hingewiesen haben, daß bei uns sich immer innerpolitische Krisen herausbilden, wenn außenpolitische Fragen von übertragender Bedeutung zur Erörterung stehen. Das ist auch diesmal wieder der Fall, wobei wir die Vorgänge in Preußen, die auf die Dauer einfach unerträglich sind und auf ein Beamtentabinet oder Landtagsauflösung hindrängen, nur nebenbei erwähnen wollen. Viel schlimmer ist der Kampf um die Reichspräsidentenschaft. Auch der Notbehelf, daß man den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons mit der Stellvertretung beauftragt hat, um so den Kanzler zu entlasten, ändert daran nicht viel. Trotzdem muß das deutsche Volk immer wieder darauf gestochen werden, daß das, was sich im Ausland abspielt, für die weitere Entwicklung Deutschlands ungleich wichtiger ist als alle innerpolitischen Auseinandersetzungen. Es geht in Genf und Paris heute um die Zukunft Europas. Von irgendeiner Einigung ist in diesem Augenblick noch nicht die Rede, aber ohne übertriebenen Optimismus kann man doch sagen, daß sich Kompromisse anbahnen. Zunächst in der Saarfrage. Herr Raull wird noch auf ein Jahr in seinem Amt bestätigt, aber die Deutschen an der Saar können wenigstens hoffen, daß sie in Zukunft von der „Unparteilichkeit“ dieses Franzosen verschont bleiben werden. Auch der Abzug der französischen Truppen ist wenigstens in Sichtweite gerückt worden. Für Danzig wird der Völkerbund eine ständige Schiedskommission ernennt, die sich mit den Danzig-polnischen Plakereien beschäftigen soll und ganz sicher nicht an Arbeitslosigkeit zu Grunde gehen wird.

Doch das sind Vorfragen, die erledigt werden mußten, um das Terrain für die großen Entscheidungen frei zu bekommen. In einer scheint man gleichfalls zu einer Zwischenlösung zu gelangen. Man wird dem Genfer Protokoll, an dem Frankreich und die kleine Entente festhalten, noch eine kleine Frist bis zur Hinrichtung verlasten. Das Begräbnis wird also erst im September vorgenommen werden. Dieser Ausweg wurde gewählt, um Zeit für den Abschluß des Sicherheitspaktes zu gewinnen, der ja in Wirklichkeit die Frage ist. Seine Aussichten zu beurteilen, ist gegenwärtig noch unmöglich. Die Pariser Wünsche auf einen Sondervertrag mit England und Belgien haben keine Aussicht auf Annahme, da die beiden anderen Kontrahenten unbedingt auf Aufnahme Deutschlands in diesen Pakt bestehen. Darüber hat der belgische Außenminister Hymans bei seiner Unterredung mit Herriot keinen Zweifel gelassen, genau wie Chamberlain und Curzon, der zurzeit nach einer Operation aus schmerzlicher Niederkriegt, in den Parlamenten den gleichen Standpunkt vertreten haben. Auch die englische Presse unter Führung der „Times“ und die Dominien lehnen eine einseitige Bindung ab, um nicht, wie das konservative Blatt sagte, Gefahr zu laufen, daß die Knochen britischer Grenadiere eines Tages auf schlesischen Feldern bleichen. Vermutlich wird Frankreich darin nachgeben müssen, da es nach der Erledigung des Genfer Protokolls nur noch im Sicherheitspakt eine Garantie erhalten kann.

Ämtliche Bekanntmachungen

Bekämpfung des Kartoffelfäfers.

Die Gemeindebehörden werden unter Bezugnahme auf die Verfügung des Ernährungsministeriums zur Bekämpfung des Kartoffelfäfers v. 1. Oktober 1924, Reg. Bl. S. 462, darauf hingewiesen, daß Herr Oekonomierat Wöhrer, Vorstand der landwirtschaftlichen Winterschule in Calw beabsichtigt, am Freitag, den 20. ds. Mts. nachmittags 1 Uhr im Saal der landwirtschaftlichen Winterschule (Rektorsgebäude) die Vertrauensleute der Gemeinden über die Bekämpfung des Kartoffelfäfers zu unterweisen. Die Gemeindebehörden werden ersucht, ihre Vertrauensmänner an dem Vortrag teilnehmen zu lassen und, soweit bisher noch nicht geschehen, solche Vertrauensmänner anzustellen.

Calw, den 14. März 1925.

Oberamt: Götz H. B.

Das Schwierigste an dieser Frage bleibt das Verhältnis Polens zu Deutschland. Auch die Haltung der Tschechen könnte Bedenken erwecken, da man in Prag vor allem den Anschluß Oesterreichs an Deutschland fürchtet; doch werden solche Bedenken jedenfalls vorläufig nicht zu stark eingeschätzt. Anders mit Warschau. Überall hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß Polen der eigentliche Unruheherd des alten Kontinents ist und durch seine maßlose Vändergier die ganz natürliche Feindschaft sämtlicher Nachbarn erregt. Polnische Blätter haben noch überdies gerade jetzt Wünsche auf Ostpreußen geäußert und so das allgemeine Urteil über sich bestätigt. Trotzdem Herriot selbst noch unter polnischem Einfluß steht, ist zu einem Pessimismus auf lange Sicht keine Veranlassung gegeben. Die Dinge sind stärker als die Menschen.

Politische Umschau.

Der Reichskanzler besuchte den stellvertretenden Reichspräsidenten und erstattete ihm Bericht über die politische Lage. Dr. Simons empfing dann den Doyen des diplomatischen Korps, Nuntius Pacelli.

Die Fraktionen des preußischen Landtages mit Ausnahme der Kommunisten und der Völkischen haben einen Antrag eingebracht, zur Vorbereitung der Verhandlungen über die besonderen Angelegenheiten der östlichen Grenzgebiete einen Sonderausschuß von 29 Mitgliedern, den „Ausschuß für die östlichen Grenzgebiete“, zu bilden.

Nach einer kommunalistischen Versammlung in Halle kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten, wobei sechs Personen getötet, 25 schwer- und 15 leichtverletzt wurden.

Der Reichsrat genehmigte einen Gesetzentwurf zur Ergänzung der Reichsverfassung. Danach soll ein neuer Artikel 77a eingefügt werden, nach welchem im Falle eines dringenden Notstandes die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates und des zuständigen Reichsausschusses Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen kann, wenn der Reichstag nicht versammelt ist.

In der polnischen Presse wird ein Aufruf zur Bildung eines polnischen Infanterienheeres in den Pomerellen veröffentlicht. Es heißt darin, man solle mit Danzig das gleiche tun, was die Litauer im Memellande getan haben. „Solange in Danzig der Engländer und ein Senat von Halakisten regiert, solange werden wir keine Ruhe und keinen Zutritt zur Welt haben. Eure Pflicht ist es, Soldaten, auch dieses kleine Stücken Land, welches ungeduldi darauf wartet, zu erobern.“

Die Agentur Havas spricht davon, daß eine ganz besonders delikate Frage für Frankreich auftaucht bei der Diskussion der Militärkontrolle in der entmilitarisierten Rheinlandzone durch den Völkerbund. Auch in dieser Frage besteht zwischen der englischen und schwedischen Auffassung einerseits und der französischen andererseits eine tiefe Kluft. Da vorerst keine Hoffnung auf Einigung besteht, verlangt Frankreich, daß die Diskussion darüber bis zur nächsten Sitzung im Juni vertagt wird.

In Londoner diplomatischen Kreisen befürchtet man, daß Deutschland wieder einmal das Opfer der englisch-französischen Verknüpfung wird. Schon die Erledigung des Saarpräsidenten sei eine Verhütungsspitze auf Deutschlands Kosten gewesen und man ist sehr besorgt, daß seit Chamberlains und Herriots Konferenz ein Kompromiß über den Kontrollkommisnsbericht und die Kölner Frage zustande kommen wird, das Deutschland unmöglich anerkennen kann.

Der in Genf eingetroffene deutsche Gesandte in Bern, Adolf Müller, hat mit Chamberlain eine eingehende Unterredung, die sich auf alle schwebenden Fragen, besonders auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und auf den Sicherheitspakt bezog.

Im Berliner Auswärtigen Amt fanden Besprechungen über die Kölner Frage statt, zu denen der erste Botschaftsrat der französischen Botschaft und der italienische Botschafter sich eingefunden hatten.

In Oberitalien ist ein großer Metallarbeiterstreik ausgebrochen. Die Zahl der Streikenden wird auf 80 000—100 000 geschätzt. Die Regierung will vermittelnd eingreifen, um den Streik möglichst bald beizulegen. Die Verhandlungen zwischen den Streikenden und den Unternehmern sind unterbrochen.

Die Aufwertungsfrage.

Der Aufwertungsatz 1,5 Prozent.

Berlin, 1. März. Das „Berliner Tageblatt“ meldet unter Vorbehalt: Wie in Reichstagskreisen verlautet, soll sich der Aufwertungsatz von 1,5 Prozent festlegen. Der früher genannte Satz von 5 Prozent wird als Irrtum bezeichnet. Auch soll angeblich die Aufnahme des Zinsendienstes erst durch ein besonderes Gesetz geregelt werden, was natürlich den Aufwertungsplan der Reichsregierung wesentlich entwertet und zu einer platonischen Geste machen würde. Wie das Blatt weiter hört, besteht innerhalb einiger Parteien Neigung zu Initiativanträgen, die innerhalb der Volkspartei und dem Zentrum bereits eingeworfen sind. Diese Vorhaben haben die Volkspartei beab-

sichtigt, den Aufwertungsatz allgemein auf 2,5 Prozent festzulegen, während das Zentrum unter Leitung des Abg. Scheffer den Satz auf 2,5, 3, 3,5 und 4 Prozent unter Scheidung von alten und neuem Besitz staffeln will.

Die Aufwertungsfrage vor dem Aufwertungsaußschuß des Reichstages.

Berlin, 1. März. Im Aufwertungsaußschuß des Reichstages erklärte Reichsfinanzminister v. Schlieben, daß die Reichsregierung die begründete Hoffnung habe, in allernächster Zeit das Aufwertungsgezet vorzulegen. Es sei nicht richtig, daß das Kabinett sich mit einem solchen Entwurf noch nicht beschäftigt habe. Vielmehr habe es sich in wiederholten Beratungen mit neuen Entwürfen des Aufwertungsgezetes beschäftigt. Der Ausschuß lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung ab, nahm dagegen den Antrag West (D.) an, der die einstweilige Regelung der Aufwertung fordert, da Artikel 1 und 2 der dritten Steuernotverordnung mit der gesetzlichen Neuregelung der Aufwertung außer Kraft treten, also spätestens am 31. Mai 1925. Dasselbe gelte von den zur Durchführung, Ergänzung und Änderung der vorangeführten Regelung erlassenen Vorschriften. Zum gleichen Zeitpunkt soll die Verordnung des Reichspräsidenten zur einstweiligen Regelung der Aufwertung aufgehoben werden.

Aus Stadt und Land.

Perfünliches.

Bei der in den letzten Tagen am evano-theol. Seminar Blaubeuren abgehaltenen (Konkurs-)Reifeprüfung haben sämtliche Prüflinge, die vom hiesigen Realprogymnasium u. a. vor 4 Jahren das Landexamen zur Aufnahme in das Seminar Maulbronn gemacht hatten, mit gutem Erfolg bestanden: Die Brüder Wilhelm und Gerhard Nau, Söhne des Pfarrers a. D. in Bilddorf, früher in Billmendingen, Hans-Ulrich Honeder, Sohn des Postinspektors und Gerhard Stahl, Sohn des Missionars, die beiden letzteren von hier.

Zur Konfirmation.

Den in Nr. 61 veröffentlichten Namen der Konfirmanden sind noch nachzutragen: Aus dem Bezirk I Karl Münz, Karl Schütz, Gustav Bötterle.

Der Berg des Schicksals.

Die Schwäbische Wilderbühne zeigte in der vergangenen Woche in dem Schauspieltheater „Bad. Hof“ den Lehrsilm „Der Berg des Schicksals“. Neben seiner Bestimmung als Lehrfilm soll auch dieser Film einen Weg zur Veredlung der heutigen Kinopublikum weisen. Diese Aufgabe, welche sich die Württembergische Bildstelle Stuttgart gestellt hat, kann nur dankbar begrüßt werden und verdient weitgehendste Unterstützung, indes doch dieser Weg der gegebenen zu sein, um gegen die Verwilderung der heutigen Kinoproduktion anzukämpfen. Das Kino ist längst nicht zu unterschätzender Kulturfaktor geworden und es wird höchste Zeit, daß auf dem Gebiet des Films endlich einmal angefangen wird, über die artistische und blendenreiche Sensation hinaus wertvolle und fördernde Kunst in das Volk zu tragen. „Der Berg des Schicksals“ ist ein Natur- und Sportfilm, der uns mit der steinernen Welt der Dolomiten, der Ritterleidenschaft der Gebirgler und ihren Schicksalen vertraut macht. Neben grandiosen Naturlandnahmen aus dem Hochgebirge, unter denen die Wolkenaufnahmen von besonderem Reiz sind, zeigt der Film sportlich hochwertige Leistungen der Dasteller, die ungemein fesseln. Eine spannende, romanhafte Handlung ihre geistreich, die übliche Kinotradition turmhoch überragende Höhe sei hier besonders betont, gibt dem Filmerzleben. Man kann nach dem Betrachten dieses Filmes nur wünschen, daß die Verfilmungen der Württ. Bildstelle Stuttgart recht erfolgreich sein mögen.

Wieder Beil und Säge.

Mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse und zur Erhöhung der Sicherheit in den Bergen bei etwaigen Ueberfällen werden, wie die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mitteilt, in den Seitengängen der D-Zugwagen wie früher wieder ein Beil und eine Säge in einem besonderen Schränkchen mitgeführt. Auch die Frage der Wiederherstellung von Personenwagen mit Feuerlöschapparaten wird zunächst geprüft. Daß für lange Zeit Beil und Säge nicht mitgeführt werden, war ein Skandal, und daß über die Mitführung von Feuerlöschapparaten erst ausführlich beraten wird, ist bürokratische Schwerfälligkeit.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Ein Tiefdruckgebiet, das sich von England nach Finnland hinzieht, sendet einen Ausläufer bis nach Süddeutschland. Für Dienstag und Mittwoch ist bei Nachlassen des Froites vielfach bedecktes und auch zu Niederschlägen (in Höhenlagen noch Schnee) geneigtes Wetter zu erwarten.

Reichsbannerweife in Stuttgart.

Stuttgart, 15. März. In der vollbesetzten, mit den Reichsfarben reich geschmückten Riechhalle nahm am Samstagabend der Bundesvorsitzende des Reichsbanners, H. J. H. Magdeburg, die Bannerweife vor. Den künstlerischen Teil des Programms bestritten das Philharmonische Orchester, der freie Volksthor und Fritz Witten vom Landestheater. Für den als Redner vorgesehenen Reichskanzler a. D. Wirth sprach Prof. Bauer-Ludwigsburg (3.). Außer den Reichsbannergruppen waren die Windhorstbünde Stuttgart und Ludwigsburg erschienen, auch die demokratische und sozialdemokratische Partei, sowie die Stadt Stuttgart hatten Vertreter geschickt. Hörtung-Magdeburg betonte in seiner Rede, daß das Württ. Ministerium nicht einmal für nötig erachtet habe, auch nur der Einladung zu antworten. Für die Reichspräsidentenwahl hält er eine Verknüpfung aller republikanischen Parteien für notwendig. Der Bund werde seine Feuerprobe bei der Wahl bestehen müssen. Drei Millionen Kriegsteilnehmer hätten sich in ihm bereits zusammengefunden. Die Rechte sei zu bedauern, wenn sie keinen stärkeren Mann als Jarres ausstellen könne. Prof. Bauer-Ludwigsburg (3.) stellte fest, daß die besten Zeiten der Griechen und Römer die Republikzeiten gewesen seien. Schwarz-Rot-Gold seien die Farben Jahns, Arnolds und Uhlands gewesen. Reichstagspräsident Lobe meint, den Pakt Stresemanns könne man mit der Ueberchrift versehen: „Nie wieder Krieg!“ Auch nach Osten mache er eine Verbeugung unter dem gleichen Motto, doch wisse man nie, wie lange bei Stresemann so etwas anhalte. Zur Wahl hätte sich die Rechte nicht getraut, einen offenkundigen Monarchisten vorzuschlagen. Man nahm jetzt einen Mann, von dem man nicht wisse, ob er Scheinmonarchist oder Vernunftrepublikaner sei. Bei der Reichspräsidentenwahl heiße es jetzt: „getrennt marschieren und vereint schlagen!“ Nur ein guter Republikaner dürfe das Erbe Eberts antreten. — Den Akt der Bannerweife nahm hierauf der Bundespräsident Hörtung vor.

Ihre Fortsetzung fand die Bannerweife am Sonntag vormittag mit einem Demonstrationsszug, der sich am Hauptplatz formierte und in Begleitung einiger Musikkapellen nach Cannstatt bewegte, wo am Grabe des Dichters Freiligrath eine kurze Gedenkfeier abgehalten wurde, in deren Mittelpunkt eine Rede Dr. Schumachers stand.

zent festzu-
 dg. Schetter
 leibung von
 schuß des
 des Reichs-
 die Reichs-
 dächler Zeit
 ig, daß das
 beschäftigt
 Beratungen
 ästigt Der
 Aufhebung
 den Antrag
 Aufwertung
 verordnung
 ußer Kraft
 gelte von
 der voran-
 eichen Zeit-
 einstell-

(S.B.) Wetzlar, 13. März. Aufsehen erregte auf dem Bahnhofsplatz ein von der Voigtländischen Maschinenfabrik in Plauen erstellter großer sog. Bomag-Wagen. Der Wagen ist dreieckig, mit allen Neuerungen versehen und faßt mindestens 50 Personen. Eigenartig ist die seitliche Anbringung des Führersitzes, die den Reisenden freie Aussicht nach vorn läßt. Der Wagen fuhr von hier nach Stuttgart weiter.

(S.B.) Stuttgart, 15. März. Nach einem Erlaß des Kirchenpräsidenten soll das Kirchenopfer am Karfreitag für die Erbauung einer evangelischen Kirche in Ravensdorf D.M. Ravensburg verwendet werden.

(S.B.) Cannstatt, 13. März. Nach einem aus Garmisch eingetroffenen drahtlichen Bericht hat das von Regierungsbaumeister Klemm konstruierte und im Werk Sindelfingen der Daimler-Motoren-Gesellschaft gebaute Daimler-Verflugszeug L 20 mit 12 PS Kraftmotor, das bekanntlich infolge Propellerbruchs vor dem Start an dem Zugprüfungsflug nicht teilnehmen konnte, am 12. März den Flug von Schleißheim bei München um die Zugspitze mit glänzendem Erfolg nachgeholt. Der von Botsch auf Bahnbedarfs-Verflugszeug aufgestellte Rekord wurde bei dieser Gelegenheit geschlagen.

(S.B.) Ehlingen, 13. März. Wie in Stuttgart ist auch in Ehlingen schon seit einiger Zeit der Plan gefaßt worden, ein Gladienspiel in das Türmchen des Alten Rathhauses einzubauen, da dieses besonders günstige Gelegenheit zu einem Gladienspiel bietet, umso mehr, als die interessante Uhr mit einem Bewegungsspiel schon vorhanden ist und als altes Stück noch mehr Interesse beansprucht wird, als die in Stuttgart neu geplante Anlage. Das Gladienspiel wird vielleicht dreimal im Tag (morgens 9 Uhr, mittags 12 Uhr und abends 6 Uhr) ein Lied spielen. Von der Salzmann'schen Apotheke wurde bereits ein regelmäßiger Beitrag dafür gezahlt, der die Verzinsung des aufzubringenden Kapitals von etwa 10 000 Mark sicherstellt.

(S.B.) Tübingen, 15. März. Der Herausgeber des New Yorker Schwäbischen Wochenblattes, Seb., hat zugunsten der Universität Tübingen eine Sammlung veranstaltet und als Ergebnis 625 Dollar für Zwecke der Universitätsbibliothek überwiesen.

(S.B.) Ehingen a. D., 14. März. Das Oberamt gibt bekannt: Der Bezirksrat hat die Leitung der Oberamtsparasse dem Oberamtspfleger Förlein, der die Oberamtsparasse nahezu 20 Jahre lang geführt hat und das Vertrauen des Bezirksrats und der Bevölkerung genießt, vorläufig übertragen. Dabei wird im Hinblick auf beunruhigende Gerüchte wiederholt bemerkt, daß irgendwelche Befürchtungen für die Einleger und sonstigen Gläubiger der Oberamtsparasse nicht in Betracht kommen, da für die Oberamtsparasse der ganze Bezirk mit seinen sämtlichen Gemeinden und ihrer Steuerkraft haftet, eine Sicherheit, wie sie in dieser Höhe weder eine Bank noch eine Genossenschaft bieten kann. — Ueber das Vermögen der Betriebe Kahlmann, sowie Hesse und Delempe in Obermarchtal ist der Konturschöffengericht im Zusammenhang damit sind in der Presse irreführende Artikel erschienen in dem Sinne, als ob bei der Oberamtsparasse Ehingen ein „Mantel“ von 500 000 M. entdeckt worden sei. Diese Meldungen sind vollständig unzutreffend; von einem Mantel, d. h. von einem Fehlbetrag bei der Oberamtsparasse ist gar keine Rede, vielmehr hat die Rechnung der Oberamtsparasse am 31. Dezember 1924 mit einem Reingewinn von 79 000 M. abgeschlossen. Bei der ganzen Angelegenheit han-

delst es sich lediglich um die Gewährung von übermäßigem und vorschriftswidrigem Wechselkredit an die beiden obengenannten Firmen in der Höhe von 500 000—700 000 M. Sobald die Erhebungen im Konkursverfahren ihren Abschluß gefunden haben, können die genauen Summen erst angegeben werden. Schließlich wird noch bemerkt, daß der Bezirksrat und das Oberamt alles aufbieten werden, um die Oberamtsparasse vor Schaden zu bewahren.

(S.B.) Tettang, 14. März. Ein Hegenprozeß beschäftigte das hiesige Amtsgericht, und zwar war die Landwirtin Frau Schuhmacher von Ellenweiler, Gde. Etenkirch, angeklagt, ihre Nachbarin, die Witwe Gehler, durch die wiederholt geäußerten Worte „alte Hexe“ usw. beleidigt zu haben. Frau Schuhmacher glaubte steif und fest, daß Frau Gehler schon seit sieben Jahren ihren Stall und ihre Familie verheze. Das Vieh gedeihe nicht, gebe wenig Milch, und diese taue nicht viel. Sie selbst will unter dem bösen Blick der Gehler gelitten haben. Man habe alles mögliche versucht, um den bösen Geist zu verbannen, schließlich sei die „Hexe“ von „jemand“ so verprügelt worden, daß sie drei Wochen krank war, und dieses „weltliche Mittel“ habe dann geholfen. Die Beklagte trug diesen Unsinn mit größter Ueberzeugung, aber auch mit unheimlicher Zungenfertigkeit vor, und da sie von der Klägerin zweimal als von einer „Schindmäre“ sprach, wäre sie beinahe in eine Ordnungsstrafe genommen worden. Ihrem Anwalt blieb nichts anderes übrig, als auf Unzurechnungsfähigkeit (§ 51) zu plädieren, wogegen seine Klientin protestierte. Der Gegenanwalt bestand auf irrenärztlicher Untersuchung, wenn die Beklagte schon straffrei ausgehen soll. Das Gericht verlagte den Prozeß, um die Beklagte auf ihren Geisteszustand von einem Psychiater beobachten und begutachten zu lassen.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Ablieferung von Kleinbeträgen beim Steuerabzug.

Bei der Ablieferung der am Arbeitslohn gemachten Steuerabzüge, die bekanntlich am 5., 15. und 25. jeden Monats zu erfolgen hat, war seither die Erleichterung zugelassen, daß wenn die abgezogene und an das Finanzamt abzuführende Steuer 12 R.-Mark monatlich nicht übersteigt, die Ablieferung nur einmal monatlich erfolgen durfte. Nun hat der Reichsfinanzminister diesen Grenzbetrag ab 1. März 1925 auf 50 R.-Mark erhöht und dabei folgendes bestimmt: 1. Die einbehaltenen Steuerabzugsbeträge müssen, wenn sie in einem Kalendermonat für die sämtlichen bei einem Arbeitgeber beschäftigten Arbeitnehmer den Betrag von 50 R.-Mark nicht übersteigen, spätestens am 5. des folgenden Monats abgeführt werden. 2. Wenn jedoch die in einer Monatsdekade einbehaltenen Beträge allein oder zusammen mit den für die vorhergehende Dekade noch nicht abgeführten Beträgen 50 R.-Mark übersteigen, so sind sie am Fälligkeitstage für die Dekade abzuführen, in der der Betrag von 50 R.-Mark überschritten wird. 3. Die Regelung gilt nicht für das Markenverfahren. Beispielsweise: a) Bei den wöchentlichen Lohnzahlungen sind einbehalten worden: am 7. März 9 R.-Mark, am 14. März 10 R.-Mark, am 21. März 9,50 R.-Mark und am 28. März 12 R.-Mark, somit zusammen 40,50 R.-Mark. — Dieser Betrag braucht erst am 5. April abgeführt werden. b) Es sind einbehalten worden: am 7. März 60 R.-Mark, am 14. März 50 R.-Mark und am 21. und 28. März je 40 R.-Mark. — Dann sind am 15. März 60 R.-Mark und am 5. April 30 R.-Mark abzuführen.

Zur Aufwertung von Mündelvermögen.

Eltern, Vormünder, Pfleger, Bestände sind verpflichtet, darauf zu achten, daß die durch die dritte Steuernverordnung vorgegebene Aufwertung der Rechte und Forderungen nicht versäumt wird, die zu den von ihnen verwalteten Vermögen der Kinder und Mündel gehören. Eine Vernachlässigung dieser Pflicht kann sie ersatzpflichtig machen. Vor allem dürfen sie die bis zum 31. März 1925 laufende Anmeldefrist nicht verstreichen lassen. Bei Sparkastenguthaben hat die Anmeldung bis zum 31. März 1925 bei der Sparkasse zu erfolgen, bei der das Guthaben besteht. In der Anmeldung ist anzugeben, daß es sich um Mündelgeld handelt, damit eine bevorzugte Berücksichtigung

statfindet. Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden werden ohne Anmeldung auf 15 Proz. aufgewertet. Die durch Hypothek gesicherte Forderung kann aber auch höher bewertet werden. Der Antrag auf Aufwertung über 15 Proz. hinaus ist bis 31. 3. 1925 bei dem Amtsgericht zu stellen, in dessen Bezirk das belastete Grundstück gelegen ist.

Die Umsatzsteuerumrechnungssätze.

Die Umsatzsteuerumrechnungssätze auf Goldmark, für die nicht an der Berliner Börse notierten ausländischen Zahlungsmittel werden für den Monat Februar 1925 wie folgt festgesetzt: 1. Estland 100 estnische Mark = 1,10 RM, 2. Lettland 100 Lat = 80,70 RM, 100 lettische Rubel = 1,60 RM, 3. Litauen 100 Litas = 41,50 RM, 4. Luxemburg 100 Franken = 21,35 RM, 5. Polen 100 Zloty = 80,70 RM, 6. Rußland 1 Tschernowiz = 21,70 RM, 7. Ägypten 1 ägyptisches Pfund = 20,60 RM, 8. Brit. Ostindien 100 Rupien = 150,40 RM, 9. Brit. Straits Settlements 100 Dollar = 234,30 RM, 10. Brit. Hongkong 100 Dollar = 238,60 RM, 11. China-Shanghai 100 Taels (Silber) = 314,95 RM, 12. Argentinien 100 Goldpesos = 379,75 RM, 13. Kanada 1 Dollar = 4,20 RM, 14. Chile 100 Pesos = 46,35 RM, 15. Mexiko 100 Pesos = 217,05 RM, 16. Peru 1 peruanisches Pfund = 17,70 RM, 17. Uruguay 100 Pesos = 400,95 RM.

Landwirtschaftliche Notgebiete und Steuern.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen sind wiederholt Klagen darüber laut geworden, daß die Landwirte in den durch Unwetter und Mischwachs geschädigten Gemeinden Württembergs und Hohenzollerns gegenüber den Landwirten in den angrenzenden Gemeinden der Nachbarländer durch die abweichende Behandlung der Notgebetsfrage in dem Landesfinanzamtsbezirk Stuttgart beeinträchtigt seien. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß das Landesfinanzamt Stuttgart zwar aus praktischen Erwägungen von der Erklärung bestimmter Gebiete als Notgebiete abgesehen, jedoch durch entsprechende Anweisung an die Finanzämter dafür Sorge getragen hat, daß nicht nur in den besonders schwer heimgesuchten Gemeinden, sondern auch darüber hinaus allen Landwirten, deren Ernte durch Witterungsschäden in erheblichem Umfang ausgefallen ist, nach den von dem Reichsfinanzminister der Finanzen erlassenen Richtlinien die für die Notgebiete vorgegebenen steuerlichen Erleichterungen zuteil werden.

Milchpreise.

Liebersberg, 14. März. Eine gestern abgehaltene Versammlung hier zwischen Milchzeuger und Milchhändler hat den Erzeugerpreis für das Liter Vollmilch ab 1. März 1925 auf 22 Pfg. franco Sammelstelle festgesetzt, und daß künftig der Erzeugerpreis 3 Pfg. niedriger ist als der der Milchhändler an der Bahn bezahlt erhält.

Ergebnis der Landesfahrschau.

(S.B.) Ulm, 15. März. Bei der Versteigerung wurden etwa 180 Böde ausbezogen. Bezahlt wurden für mittlere Böde 200 M., für gute Tiere 500 M. Erstklassige Tiere erreichten bis zu 800 Mark. Etwa die Hälfte der Zufuhr wurde verkauft.

Schafmarkt.

(S.B.) Hall, 15. März. Zufuhr: 6 Mutterschafe, 3 Lämmer, 22-Rilber-Hämmer und 1 Braden. Verkauft wurden 3 Mutterschafe um 35 M., 9 Rilber-Hämmer (Jahrlinge) um 15—17 M.

Schweinemärkte.

Crailsheim: Zufuhr 14 Läufer- und 535 Milchschweine. Preis für Läufer 90—150 M., Milchschweine 50—75 M. pro Paar. — Hall: Zufuhr 454 Milch- und 6 Läuferchweine. Milchschweine kosteten bis zu 36 M., Läufer bis 60 M. pro Stück. — Rüttlingen: Zutrieb 3 Läufer- und 57 Milchschweine. Letztere kosteten 28—36 M. — Mengen: Zufuhr 320 Milchschweine. Alles verkauft um 60—80 M. das Paar.

Fruchtpreise.

Nagold: Weizen alt 15,50, neu 12—13,50, Gerste neu 11,50 bis 13, Haber neu 9—14, Roggen 11,50, Erbsen 14—18, Linjen 25 M. — Tübingen: Haber 8,50—10, Saathaber 10—11, Roggen 12,50 bis 13, Weizen 13—14, Saatweizen 15—16, Gerste 12,50—14, Saatgerste 15 M. pro Zentner.

Die billigen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wiesen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Betriebskosten in Aufschlag kommen. D. Schriftl.



Dr. Thompson's Seifenpulver
 macht die Wäsche blendend weiss.

Amtsgericht Calw.

Handelsregistereintrag vom 13. März 1925 bei der Gesellschaftsfirmen Christliches Erholungsheim Rettungssache G. m. b. H. in Württemberg: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 28. Februar 1925 ist das Stammkapital auf 4800 RM umgestellt und der § 3 des Gesellschaftsvertrags dementsprechend geändert worden. Durch denselben Beschluß wurde § 9 des Gesellschaftsvertrags neu gefaßt und dem Gesellschaftsvertrag eine neue Bestimmung beigelegt.

Bischöfliche Methodisten-Gemeinde Calw.

Evangelisation

Montag bis Freitag, je abends 8 Uhr:
Vorträge
 von **Evangelist N. Möller**
 Jedermann ist herzlich willkommen!

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

Calw, Unterreichenbach, Station Teinach, 15. März 1925.

Trauer-Anzeige.

†

Unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Marie Karch
 geb. Landskron

ist am Samstag Nachmittag 7 1/2 Uhr von ihren langen Leiden erlöst worden.

In tiefem Leid.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Der Sohn: **Schuitheiß Paul Karch** mit Frau Helene geb. Buhl und Kind Anneliese.

Der Schwiegersohn: **Kasler Fritz Schmidt** mit Frau Gertrud geb. Pflüger und Kinder Marianne und Hedwig.

Beerdigung Dienstag nachm. 2 Uhr.

Woll- u. Wäschstoffe
Manchester, Samt, Beagartikel und Kurzwaren empfiehlt
Fr. Karl Eberhard Ww.
 beim Städt. Waghäuser.

Verkaufe umständehalber

1 kompl. Zentrifugenanlage

bestehend aus 1 Roth'sche Zentrifuge, 75 Ltr. Stundenleistung, 1 Butterfaß, 25 Ltr., 1 Buttermodell für 1/2 und 1 Pfd. Das ganze war nur kurze Zeit in Betrieb

Carl Douglas, Flachsner, Deckenpfronn.

Altburg.

Ein

Läufer-schwein
 und einen fetten

Hammel
 verkauft

Weber, Zimmermann.

Jg. tücht. Kaufmann

bewandert in Berechnung der Unfall-, Witwen- und Waisen-Renten, Führung der Arbeiterstammrollen und Abschluss der Lohnlisten sowie Steuerabzüge, Berechnung der Leistungen für die Sozialversicherung, firm im Verkehr mit den Behörden, Registraturarbeiten und allgemeine Büroarbeiten sowie Schalterbedingung

sucht sofort Stellung

als Hilfsarbeiter bei irgend einer Behörde oder in einem Industrie-Betriebe gleich welch. Art. (Suchender war bisher auf dem Büro eines Koblenbergwerks tätig.) Geil. Angebote unter **J. C. 26** erbeten an die Geschäftsst. ds. Bl.

Allein-Vertreter

welche in Baukreisen bestens eingeführt sind, zum Vertrieb von:

fugenlosen Steinholz-Fußböden, Fußboden- und Wandplatten-Belägen, Linoleum-Belägen etc.

für sofort von alter, angesehenen Firma der Branche in Württemberg

gesucht.

Angebote erbeten unter S. 3. 4189 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Reichert. Wolldecken
Kameelhaar-
Reise-
Pferde-
Steppdecken
Beste Bezugsquelle
für Erzeugnisse
der Calwer Industrie!

Stammheim.
Dankjagung.
Die Unterzeichneten fühlen sich verpflichtet,
allen denjenigen, die anlässlich des uns be-
troffenen großen Brandunglücks bei den Lösch-
und Rettungsarbeiten hilfreichen Beistand ge-
leistet haben, auf diesem Wege herzlichsten Dank
zu sagen.
Familie Adam Bühler,
Familie Christian Bühler,
Pauline Kuder, Witwe.

Wir machen die höfliche Mitteilung, daß wir
für den Bezirk Calw im Hause des
**Calwer Buchver sandhauses
„Waldfrieden“ Calw**
Inhaber: Carl Spambalg
eine Niederlage errichtet haben. Sie finden in der-
selben die in unserer Buchhandlung vorliegende
Literatur aller Gebiete.
**Buchhandlung der Evang. Gesellschaft
Stuttgart, Fürberstr. 2.**
Auf Vorstehendes bezugnehmend, empfehle ich
für Konfirmations- und Diergeschenke eine reich-
haltige
Jugendliteratur, ferner Gesangbücher,
Bibeln, farbige Kunstgaben in Ge-
schenkmappen, Briefpapiere in Ras-
setten, neueste Bilderbücher, Spiele.
Calwer Buchver sandhaus „Waldfrieden“, Calw
Carl Spambalg, Hermannstr.

Zur Konfirmation
und Kommunion
empfiehlt in schöner
Auswahl
Anzüge
von Mark
55.-, 45.-, 42.-, 38.-, 24.-
35.-, 32, 50, 28.-
in blau, schwarz und
gestreift
**Franz Graiz, Pforzheim,
Leopoldstrasse 7a.**

Zum **Eiereinlegen**
empfiehlt
Wasserglas
wasserhell — geruchlos
Garantol
Ritterdrogerie
Calw

Vertretung mit Lager.
Erstes Fabrikations-Unternehmen der Margarine-
Branche, das neben seiner Tafel- und Schmelzmargarine
auch eine wohlbekannte
Spezial-Marke
herstellt sucht für den Platz Calw und weitere Umgebung
einen rührigen und bei der in Frage kommenden Kund-
schaft gut eingeführten
Vertreter.
Ausführliche Bewerbungen mit Angabe von Referenzen
und bisheriger Tätigkeit sind zu richten an die Geschäfts-
stelle ds. Bl. unter N. N. 61.

Pfannkuch & Co
Besonders
preiswert:
Norddeutsches
**Rauch-
fleisch**
170
Pfund 1 Vik.
Süder-
Sauerkraut
10
Pfd. 10 Pfg.
Erbsen
(gelbe, halbe)
19
Pfd. 19 Pfg.

Pfannkuch & Co
Schönes heizbares
Zimmer
bis 1. April zu vermieten.
Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Altbulach.
Verkaufe eine schöne, mit
dem 2. Kalb 35 Wochen
trächtige gute
**Schaff- u. Zug-
Ruh**
sowie zwei 1/2-jährige
Zuchtrinder
Friedrich Gaifer.

Holzbronn.
Unterzeichneter hat eine
35 Wochen trächtige
Kalbin
zu verkaufen.
Georg Härter.

**Pergament-
Darne**
frisch ein-
getroffen.
Fr. Häubler
Papierhandlung
Calw.

**Hilfgebards
echte Kloster-
Lebensessenz**
reini das Blut, stärkt
Magen, Herz u. Nerven,
macht frisch u. gesund.
Klosterlabor Alpirsbach W.
Flasche zu Mark 1.30 u. 2.50
in allen Apotheken.

**Fertige Divane
u. d
Chaiselongues**
stets am Lager
solide Ware bei
Adolf Junginger
Tafelergeschäft
obere Marktstraße 31.

**Avenarius
Carbolineum**
Carl Serva
Ferienpre 4/2 120
1 Paar neue
Ski
komplett, 2 guterhaltene
Reisekoffer
entbehrungshalber billig zu
verkaufen. Von wem, sagt
die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zu verkaufen:
**1 schwarz. Rock
mit Weste**
(Samugarn) gut erhalten,
für mittelstarke größere Figur
Von wem sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

**Consum-
Verein Calw**
empfiehlt
Weizenmehl
Spez. 0
b. 50 P., d. 23 Pfg.
Auszugmehl
5 Pfd. 1.35
Tafelbutter
Tafel-
Margarine
Bakarikel
nur Qualitäts-
Ware.

**Rauch-
lästen**
kaufen sie
am besten
bei
Gebr. Dongus,
Deckenpfronn.
3-4000 Mk.
von gutem Binszahler auf
1 oder 2 Jahre gegen gute
Sicherheit
gesucht.
Angebote unter W. 3. an
die Geschäftsstelle ds. Bl. er-
erbten.

Suche
per 1. April ein ehrliches,
fleißiges
Mädchen
nicht unter 18 Jahren.
Frau Anna Hauber,
Kronenstrasse 113.

Knecht-Gejuch.
Suche zu baldigem Ein-
tritt jüngeren, braven und
fleißigen
Burschen
welcher mit einem Pferd um-
zugehen versteht
Karl Kriebel z. Lamm,
Suchenfeld b. Pforzheim.

TAPETEN
In großer Auswahl auf Lager
EMIL G. WIDMAIER
Bahnhofstraße.

Bodenwachs
Büffel-Beize
gelb,
rot, braun
schmutzt nicht u. dunkelt nicht nach
wie Bodenöl. — Leuchtende Farben,
Spiegelglanz, reinliches Arbeiten.
Der „Büffel“ bürgt für Qualität!

Empfehle mein gut sortiertes Lager in:
Hemdenflanell
von 80 Pfennig bis Vik. 1.80
Betzen, Damast, Beitarbent,
Unterrockstoffe, Schürzenstoffe,
Kleiderstoffe, Kleiderzeugie,
Hosenzeug, Manchester, Anzug-
stoffe, feruge Hosen, Loden-
juppen, Strickjacken, Einjah-
hemden, Weiß- u. Wollwaren.
Vom 16.—21. März gebe ich auf
obengenannte Waren einen
Extra-Rabatt von 10 Proz.
**M. Hamann,
Oberkollwangen.**

Empfehle meine preiswerten
Sonthheimer Schuhwaren
aller Art
sowie
Sandalen und Hausschuhe
in allen Preislagen.
**Hans Mast, Schuhgeschäft
Neubulach.**

Färberei Printz
Chemische Waschanstalt
gegründet 1846.
Annahmestellen
In Calw: Fr. Julie Schimpf, Badstr.
Althengstet: Frau Minna Essig, D'schneiderin.
Liebenzell: Carl Häubler, Kaufmann.

**Corsetten, Hüftengürtel,
Reform-eibchen, Büstenhalter,
Kygia-Binden, Kygia-Windeln,
Strümpfe, Socken**
Emilie Herlon, Calw.

Mehrere Maler-Gehilfen
gesucht
E. Kirchherr, Malermeister, Bahnhofstraße 402.

Schreibmaschinen
G. Köbele, Nagold, Fernsprecher
126.

Die praktische Hausfrau
kauft statt Mischungen aus
Bohnenkaffee u. Kaffee-Erfratz
frisch gerösteten Bohnenkaffee
und verwendet dazu
„Kornfranck“ in den bekannten
grünen Paketen
oder
„Recht Franck“ mit der
Kaffeemühle.
Sie spart dabei, kann den Kaffee selbst
wählen und eine Mischung nach ihrem
eigenen Geschmack herstellen.